

Ressort: Politik

Union und SPD einigen sich auf Mietpreisbremse

Berlin, 23.09.2014, 11:23 Uhr

GDN - Bundesverbraucherminister Heiko Maas (SPD) hat sich mit den Spitzen der Koalitionsfraktionen auf einen besseren Schutz vor drastischen Mietpreiserhöhungen verständigt. Bei einem Mieterwechsel darf die neue Miete in ausgewählten Gebieten ab dem Jahr 2015 maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen.

"Mieten müssen auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben. Dazu soll die Mietpreisbremse einen Beitrag leisten", sagte Maas. Zugleich vereinbarte die Große Koalition Ausnahmen: Neben Neubauten soll die Mietpreisbremse auch nicht für die erste Vermietung nach einer umfassenden Modernisierung gelten. Die Bundesregierung wolle die "derzeit hohe Investitionsbereitschaft auf dem Wohnungsmarkt" fördern und erhalten, so Maas. "Davon werden die Mieter am Ende profitieren. Deswegen gilt die Mietpreisbremse nicht für umfassende Modernisierungen und Neubauten." Die neue Regelung, die laut Maas in der ersten Jahreshälfte 2015 in Kraft treten soll, sieht zudem vor, dass die Bezahlung eines Maklers nach dem sogenannten Bestellerprinzip geregelt ist. Dieses sieht vor, dass derjenige den Makler bezahlen muss, der ihn beauftragt hat.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-41529/union-und-spd-einigen-sich-auf-mietpreisbremse.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619